

Brüssel, den 10. März 2025
(OR. en)

6416/25

POLGEN 12
ECOFIN 186
EMPL 55
SOC 82
COMPET 81
MI 94
ENV 94
IND 45

VERMERK

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Betr.:	Europäisches Semester 2025 – Synthesebericht

Die Delegationen erhalten als Anlage den vom Vorsitz erstellten Synthesebericht über die Schlussfolgerungen des Rates zum Warnmechanismus-Bericht, zum gemeinsamen Beschäftigungsbericht und zur Empfehlung zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets. Die diesbezüglichen Beratungen, die in der ersten Phase des Zyklus in verschiedenen Ratsformationen über das Europäische Semester 2025 geführt wurden, sind ebenfalls in das Dokument eingeflossen.

Hintergrund

Die Kommission hat das „Herbstpaket“ des Europäischen Semesters 2025 in zwei getrennten Teilen angenommen. Im ersten Teil vom 26. November 2024 sind die wichtigsten Elemente für die Umsetzung des reformierten Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung dargelegt.

Den zweiten Teil hat die Kommission im Anschluss an den Amtsantritt des neuen Kollegiums am 18. Dezember 2024 veröffentlicht. Das Paket umfasst

- den Warnmechanismus-Bericht 2025¹, mit dem die frühzeitige Erkennung und Überwachung von Ungleichgewichten erleichtert werden soll; er bildet den Auftakt für die jährliche Runde des Verfahrens bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht;
- die Empfehlung für eine Empfehlung des Rates zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets² (Empfehlung für das Euro-Währungsgebiet) für 2025, in der empfohlen wird, dass die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets sowohl jeder für sich als auch gemeinsam im Rahmen der Euro-Gruppe tätig werden sollten. Dieses Jahr geht es dabei insbesondere um drei Bereiche, nämlich Wettbewerbsfähigkeit, Resilienz sowie makroökonomische und finanzielle Stabilität;
- den Vorschlag für den gemeinsamen Beschäftigungsbericht 2025³, der jedes Jahr einen Überblick über die wichtigsten beschäftigungs- und sozialpolitischen Entwicklungen in der EU sowie über die Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Umsetzung der beschäftigungspolitischen Leitlinien bietet.

¹ Dok. 17077/24.

² Dok. 17075/24.

³ Dok. 17045/24.

Die Kommission hat für den Zyklus 2025 die Veröffentlichung des Jahresberichts zum nachhaltigen Wachstum eingestellt. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Strategie der Kommission für Wettbewerbsfähigkeit im neuen „Kompass für Wettbewerbsfähigkeit“⁴ vom 29. Januar 2025 dargelegt wurde.

Da kein Jahresbericht zum nachhaltigen Wachstum mehr vorgelegt wurde, und um Artikel 148 Absatz 1 AEUV nachzukommen, wonach der Europäische Rat jährlich die Beschäftigungslage in der Union prüft und hierzu Schlussfolgerungen annimmt, wird der Rat voraussichtlich Schlussfolgerungen zum gemeinsamen Beschäftigungsbericht annehmen.

⁴ Dok. 5785/25.

Der Rat (**Wirtschaft und Finanzen**) hat am 18. Februar 2025 **Schlussfolgerungen zum Warnmechanismus-Bericht 2025**⁵ gebilligt, in denen er der Gesamtbewertung des Berichts in Bezug auf die Entwicklung makroökonomischer Ungleichgewichte und im Hinblick auf neu entstehende Risiken zustimmte.

Die Ministerinnen und Minister wiesen darauf hin, wie wichtig es ist, die Anwendung des Verfahrens bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht fortzuführen, um Ungleichgewichte festzustellen, zu verhindern und zu beheben, die das ordnungsgemäße Funktionieren der Wirtschaft eines Mitgliedstaats, der Wirtschafts- und Währungsunion oder der EU insgesamt beeinträchtigen oder beeinträchtigen könnten.

Der Rat forderte die effiziente Umsetzung des Verfahrens bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht innerhalb des reformierten Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung, der im Europäischen Semester der wirtschaftspolitischen Koordinierung verankert ist, und er unterstrich, dass eine zeitnahe politische Reaktion für eine widerstandsfähige EU von entscheidender Bedeutung ist, unter anderem durch die Durchführung von Reformen und durch Investitionen zur Umsetzung der im Rahmen des Europäischen Semesters dargelegten länderspezifischen Empfehlungen.

⁵ Dok. 5712/25.

Der Rat (**Wirtschaft und Finanzen**) hat am 18. Februar 2025 zudem die **Empfehlung des Rates zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets⁶** für 2025 gebilligt, deren Schwerpunkt auf Wettbewerbsfähigkeit, Resilienz sowie makroökonomischer und finanzieller Stabilität liegt.

Im Hinblick auf die **Wettbewerbsfähigkeit**: Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, die Produktivität schnellstmöglich dadurch zu fördern, dass die Verlagerung der Ressourcen mithilfe eines besseren Funktionierens und der weiteren Integration der Waren- und Dienstleistungsmärkte sowie struktureller Reformen in Sektoren mit hoher Produktivität und hohem Produktivitätspotenzial erleichtert wird.

Im Hinblick auf die **Resilienz**: Die Mitgliedstaaten werden ersucht, eine umfassende unionsweite Strategie zu entwickeln und umzusetzen, die die nationalen Strategien für eine wirksame Elektrifizierung und den grünen Wandel ergänzt und zusammenführt, sowie die Anstrengungen zur Verbesserung der Vorbereitung auf ungünstige Entwicklungen, unter anderem durch den Klimawandel bedingte, naturbedingte sowie geopolitische Risiken, insbesondere in den am stärksten gefährdeten Regionen, zu intensivieren.

Im Hinblick auf **makroökonomische und finanzielle Stabilität**: Die Mitgliedstaaten werden ersucht, unter anderem sicherzustellen, dass das jährliche Nettoausgabenwachstum in den einzelnen Mitgliedstaaten den vom Rat empfohlenen Höchstwert nicht überschreitet, um die Einhaltung des neuen haushaltspolitischen Rahmens zu gewährleisten und somit die Schuldentragfähigkeit zu verbessern und ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu fördern.

⁶ Dok. 5893/25.

Was die beschäftigungs- und sozialpolitischen Aspekte des Entwurfs einer **Empfehlung zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets**⁷ anbelangt, so fügten die Mitgliedstaaten Verweise auf den demografischen Wandel sowie auf Initiativen im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung während des gesamten Lebens hinzu. Sie betonten ferner, dass aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die Bereitstellung hochwertiger und erschwinglicher frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung sowie Langzeitpflege dazu beitragen könnten, den Arbeitskräftemangel zu verringern, und dass Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz in allen Branchen gefördert werden sollten.

Die Annahme der **Empfehlung des Rates zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets** sollte nach der Billigung durch den Europäischen Rat am 20./21. März 2025 erfolgen.

Gedankenaustausch und Orientierungsaussprachen

Am 2. Dezember 2024 führte der **Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz)** zum Thema des Europäischen Semesters eine Orientierungsaussprache über die beschäftigungs- und sozialpolitischen Prioritäten im Hinblick auf den bevorstehenden Aktionsplan der Kommission zur Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte und den Erfahrungen mit der Umsetzung des Rahmens für soziale Konvergenz.

Als Prioritäten benannten die Ministerinnen und Minister unter anderem Weiterbildung und Umschulung und lebenslanges Lernen, hochwertige Arbeitsplätze, faire Arbeitskräftemobilität, den sozialen Dialog, angemessene und nachhaltige Sozialschutzsysteme sowie die Bekämpfung von Armut und Wohnungsmangel. Die Aussprache hat auch gezeigt, dass die Standpunkte der Mitgliedstaaten zum Rahmen für soziale Konvergenz nach wie vor auseinandergehen, insbesondere wenn es um seinen Mehrwert und Verwaltungsaufwand geht.

Am 21. Januar 2025 führte der Rat (**Wirtschaft und Finanzen**) einen Gedankenaustausch, nachdem die Kommission den zweiten Teil ihres Herbstpakets vorgelegt hatte, der sich auf den Warnmechanismus-Bericht und den Entwurf einer Empfehlung zur Wirtschaftspolitik für das Euro-Währungsgebiet bezieht. Auf dieser Tagung kündigte die Kommission an, dass die eingehenden Überprüfungen im Laufe des ersten Halbjahres veröffentlicht würden.

⁷ Dok. 6274/25.

Am 10. März führte der Rat (**Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz**) eine Orientierungsaussprache zur silbernen Transformation: Anreize und systemische Lösungen zur Förderung der freiwilligen, längeren beruflichen Tätigkeit älterer Menschen. Auf derselben Tagung nahm der Rat den gemeinsamen Beschäftigungsbericht⁸ an.

Im Rahmen der „Ökologisierung des Europäischen Semesters“, mit der sich der Rat (**Umwelt**) befasst, wurde schrittweise ausgelotet, welche Möglichkeiten bestehen, Aspekte der ökologischen Nachhaltigkeit in das Europäische Semester zu integrieren und so dazu beizutragen, Synergien mit den vorrangigen Zielen des grünen Wandels zu entwickeln. Im Zusammenhang mit einem kürzlichen Austausch über den Kompass für Wettbewerbsfähigkeit 2025 wiesen die Delegationen darauf hin, dass das Europäische Semester neben der Dekarbonisierung und der Kreislaufwirtschaft auch weiterhin andere zentrale umweltpolitische Aspekte wie die biologische Vielfalt, den Schutz der natürlichen Ressourcen und die Rolle der Bioökonomie berücksichtigen sollte, wobei deren entscheidende Rolle bei der Gewährleistung der Sicherheit, Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit Europas hervorgehoben werden sollte.

In Würdigung der parlamentarischen Dimension des Europäischen Semesters veranstaltete der Vorsitz gemeinsam mit dem Europäischen Parlament die Parlamentarische Woche zum Europäischen Semester 2025 (17./18. Februar 2025) über die wirtschaftspolitische Steuerung der EU aus parlamentarischer Sicht.

⁸ Dok. 6435/25.